

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringelohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 23

Sonntag, den 9 Juni

1918

„Neuorientierung“.

Wie ist dieses vom ehemaligen Staatssekretär Dr. Delbrück im Reichstag geprägte Wort von den preußischen Junkern und Kapitalisten zum Hohnmort gemacht worden! Wir haben selbst keinen Wert auf diesen verschwommenen Begriff gelegt. Aber wo und wenn irgendeine Idee laut wurde, die eine schwächliche Konzession als einen Bestandteil der angekündigten Neuorientierung empfahl, flugs schrien alle Reaktionen über beginnende Zerstörung aller staatlichen Ordnung. Und es handelte sich bei Zugeständnissen, wie bezüglich der Befestigung des § 153 der Gewerbeordnung oder des Arbeitskammergesetzes, eben doch um nichts anderes, als schwächliche Konzessionen.

Betrachtet jedoch die Regierung selbst diese Konzessionen gleichsam als einen Beginn der Neuorientierung, nun, dann werden auch die Massen das Wort nicht als eine Antänblichung ernstlicher Reformen betrachten. Denn, was überreif ist, muß sowieso fallen. Buchstäblich besteht zwar noch manches, was auch überreif ist, doch die Praxis, die darüber hinweggehende fortgeschrittene Auffassung und Betätigung des Volkes hat es wertlos gemacht.

Schwache Zweifel an der „Neuorientierung“ wurden noch einmal beseitigt, als der König von Preußen vor mehr als einem Jahre dem Volke das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für den Preussischen Landtag verhielt. Inzwischen haben die junkerlichen Machtfaktoren gegen diese „Neuorientierung“ ihre Kräfte eingesetzt und der preussischen Regierung die Wahlrechtsvorlage zerlegt vor die Füße geworfen. Schlimmer konnte diese „Neuorientierung“ nicht verhöhnt werden.

Die Schwachheit der Regierung gegenüber der hohnvollen Ablehnung der Wahlrechtsvorlage hat den ersten Anlauf zur Neuorientierung auch zum Gespött der Arbeitermassen gemacht. Niemand glaubt mehr an den Ernst der Sache.

Mehr als ein Jahr ist vergangen seit der „Oberbothschaft“, die das allgemeine, gleiche Wahlrecht verhielt. Es bedurfte scharfer öffentlicher Androhungen, ehe die Regierung mit der Wahlrechtsvorlage hervortrat. Mehr als ein halbes Jahr wird inner- und außerhalb des Preussischen Landtags um die Vorlage gekämpft. Mindestens neun Zehntel des preussischen Volkes ist für die Vorlage. Die Junker im Landtage bringen sie aber zu Fall. Und die Regierung wagt nichts zu ihrer Durchdrückung. Was ist das für ein Spiel? Kann man von einer so vor dem Junkertum zurückweichenden Regierung eine Neuorientierung, d. h. eine gründliche Reformierung der staatlichen und gesetzgeberischen Zustände erwarten?

Wie ist doch das Mißtrauen der Massen gerechtfertigt! Mehr als je müssen sie empfinden, daß sie nur auf ihre eigene Kraft sich verlassen können. Die Macht der Reaktion kann nur durch die Volkskraft gebrochen werden. Verkümmert es die Regierung, an die Volkskraft zu appellieren, dann ist ihre Niederlage im Preussischen Landtage eine dauernde; ihre Wahlrechtsvorlage wird nie Gesetz, solange das Volk nicht mit einer Kräfteäußerung für sie eingesetzt wird. Und gerade das letztere scheint die Regierung.

Was ist da zu tun? Muß das Volk nicht selbst handelnd eingreifen?! Trotz des Belagerungsstandes, trotz der gegenwärtigen Einschränkung seiner öffentlichen Rechte kann es dies. Ueberall, wo es nur möglich ist, muß es in öffentlichen Kundgebungen seinem unabwiesbaren Verlangen nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht Ausdruck geben.

Es gibt kein Postulat, das den Beginn einer Neuorientierung — wir verstehen darunter eine fundamentale Reformierung der inneren Zustände — besser offenbaren könnte, als das des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Das erkannte man in kritischer Situation und verstand sich deshalb zu dem Versprechen der Gewährung dieses Wahlrechts. Es ist in der Tat das einzige legale Mittel, endlich mit der Bevormundung des Volkes durch die preussische Junkerkaste aufzuräumen. Mit ihm nun ist eine moderne Gesetzgebung, an der alle Klassen nach dem Verhältnis ihrer Stimmenzahl teilnehmen, in Preußen einzusetzen. Der Dreiklassenlandtag ist das Pohn- und Spottbild einer Gesetzgebung. In ihm feiern Herrsch- und Ausbeutungssucht wahre Organe. Die Interessen des Kapitalismus werden dort ohne jede Verbrämung wahrgenommen und die Verwaltung des Staates danach beeinflusst und gestaltet. Die einseitigste Parteilichkeit triumphiert. Das wird sich das Volk nicht länger bieten lassen. Der Ruf: Nieder mit der Junkerherrschaft! schallt immer dröhnender durchs Land.

Kann sich die Regierung über diese Tatsachen täuschen? Warum greift sie nicht energisch ein, um die lauernden Gefahren zu bannen, die sich aus dieser Situation er-

geben müssen? Muß erst Unheil entstehen, wo es so nahe liegt, wie leicht es zu verhindern ist? Wwegen die Interessen und der Wille der großen Mehrheit so leicht gegenüber dem Willen der Junker- und Kapitalistenklasse? Das sind Fragen, die sich jedem aufdrängen, die aber von der Regierung mit keiner klaren Handlung beantwortet werden. Wie es scheint, muß erst die Regierung selbst neu orientiert werden, ehe eine Neuorientierung kommt.

Nachdem die Wahlrechtsvorlage in der dritten Lesung abermals — mit fast gleicher Stimmenzahl — abgelehnt wurde, soll die endgültige vierte Abstimmung zu einer vierten Lesung gestaltet werden. In der abermaligen Anträge zu dem Entwurf gestellt werden sollen. Das entspricht erstens nicht der verfassungsmäßigen Vorschrift, wonach nur die Abstimmung wiederholt werden soll, zweitens aber wird diese Abstimmung als ein Verschleppungsmittel benutzt und zwar von der Regierung selbst, die nunmehr für den weiteren Verlauf alle Schuld allein trifft. Will sie doch sogar das Herrenhaus, die festeste Burg der Junker, mit der Vorlage beschäftigen, wenn sie auch in der vierten Abstimmung abgelehnt wird!

Alles spitzt die Regierung auf eine Verschleppung der Wahlreform zu. Läßt sie doch verkünden, eventuell werde in der Herbsttagung die Entscheidung getroffen werden. Die Auflösung des Landtags will sie zwar als letztes Mittel in der Hand behalten, aber den Termin der Auflösung verlegt sie mit zweideutigen Redensarten in ungewisse Zeit. Da spreche noch einer von ernstlicher und entschlossener Verfechtungsweise der Wahlrechtsvorlage!

So schwankender, unsicherer die Regierung sich verhält, um so dreister treten die Reaktionen der einzelnen Parteien auf. Die Junker jubeln, spotten, höhnen und intrigieren zugleich; die Hälfte der Nationalliberalen setzt ihre Hoffnung auf die Junker und macht mit ihnen gemeinsame Sache. Die Zentrumsfraktion wäre ganz sicher mit diesen beiden im Bunde, wenn nicht der Ministerpräsident Graf Hertling einer der ihrigen wäre. Logdem macht ein Teil des Zentrums den junkerlich-reaktionären Rummel gegen die Wahlrechtsvorlage mit. Und je länger die Vorlage in der Schwebe bleibt, um so verfahren wird die Situation.

Da kann wirklich nur ein spontan dazwischen fahrender Willensausdruck der Volksmassen helfen. Je eher, um so besser; ehe größeres Unheil entsteht. Wagt die Regierung nicht, den Kampf gegen die Junker aufzunehmen, dann mag sie abtreten. Das Volk wird schon mit ihnen fertig werden. Es muß selbst die ganze Lage neu orientieren!

Zum Arbeitskammergesetz.

Die Arbeitgeberverbände machen Front gegen das Arbeitskammergesetz. Sie sehen den Fabrik-Feudalismus durch das Gesetz bedroht. Die Alleinherrschaft in der Fabrik ist dem eingeseiften kapitalistischen Fabrikherrn ebenso unantastbarer Grundfatz, wie auf politischem Gebiete den Reaktionen die Ausschließung der arbeitenden Klassen von der Mitwirkung in der Gesetzgebung.

Nun ist der Arbeitskammergesetzentwurf gemiß kein Eingriff in die Privatwirtschaft, der die Uebermacht des Unternehmertums beschneidet, aber es will nun einmal nichts aufgeben von seiner Diktatur, die sich bekanntlich nicht bloß auf die Stellung und Haltung des Arbeiters in der Arbeitsstätte beschränkt. Die Grundzüge des Entwurfs haben wir bereits gewürdigt und sie als unzureichend für die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen befunden. Im Reichstag nahmen bei der ersten Lesung des Entwurfs die Arbeitervertreter den gleichen Standpunkt ein; sie übten scharfe Kritik an dem Entwurf, der unbedingt verbessert werden muß, wenn die Arbeitskammern nicht zum Gespött der Arbeiter werden sollen. Dem stellt sich das Unternehmertum entgegen.

Charakteristisch ist in dieser Beziehung das Vorgehen des „Verbandes sächsischer Industrieller“. Dessen Gesamtvorstand beschäftigte sich in seiner Sitzung am 13. Mai mit dem Gesetzentwurf. Er will zwar gnädigst absehen von einer Gegnerschaft gegen eine Regelung auf gesetzlicher Grundlage, hat aber schwere Bedenken gegen die paritätische Zusammenfassung der Arbeitskammern und meint, daß die Wahrung berechtigter Standesinteressen der Arbeiterschaft mit gleichem Erfolge durch Errichtung reiner Arbeiterkammern gewährleistet werden könnte. Weiter wird über die Vorbereitung des Entwurfs im Vorstandsbericht gesagt:

„Die außergewöhnliche Tragweite des gesetzgeberischen Vorgehens hätte es notwendig erscheinen lassen, den Entwurf unter Vermeidung einer übereilten Verab-

schiedung vor der Durchberatung im Bundesrat den Industriellen und Arbeitgeberverbänden zur eingehenden Stellungnahme und Begutachtung vorzulegen, um den in Arbeitgeberkreisen vorhandenen Wünschen Gehör zu schenken.“

Wir stellen fest, daß auch die Arbeitervertreter, die gewerkschaftlichen Abgeordneten im Reichstag früher „reine Arbeiterkammern“ verlangten. Hiergegen wandte sich die Regierung, die darin von Unternehmerkreisen unterstützt wurde. Dann erst haben sich die gewerkschaftlichen Abgeordneten zu der Annahme von paritätischen Arbeitskammern verstanden. Der jegige nachhinkende Einwurf der sächsischen Industriellen hätte früher kommen müssen, dann wäre er jedenfalls als Argument von den Arbeitern verwertet worden. Doch glauben wir, daß der verspätete Einwand nur die Auffassung einzelner ist, denn die Rücksprache mit den maßgebenden Kreisen des Unternehmertums hat doch die Regierung veranlaßt, an der Einrichtung paritätischer Arbeitskammern festzuhalten.

Die Tatsache, daß die Regierung mit dem Unternehmertum sich verständigt hat, läßt das Verlangen nach Vorlegung des Entwurfs zur Begutachtung in eigenem Lichte erscheinen. Sonst aber wären wir mit dem Verlangen völlig einverstanden, wenn nämlich auch den Arbeitern die gleiche Berücksichtigung zuteil geworden wäre. Das ist ja das Einseitige an der ganzen sozialen Gesetzgebung, daß die Regierung wohl enge Fühlung mit dem Großunternehmertum hält, aber die Arbeiter und ihre Vertretungen von jedem vorherigen Einvernehmen ausschließt. Einige kleine Änderungen mögen hierin neuerdings eingetreten sein, aber im wesentlichen wird die alte Taktik von der Regierung beibehalten. Das Unternehmertum hat also nicht den mindesten Anlaß zur Klage über Nichtberücksichtigung seiner Wünsche. Noch immer gilt das Wort des ehemaligen Staatssekretärs des Inneren v. Bötticher, der auf solche Klagen im Reichstage antwortete: „Meine Herren, wir arbeiten doch nur für Sie!“

Der Gesamtvorstand der sächsischen Industriellen beschloß dann in jener Sitzung, dem Reichstage folgende grundsätzliche Forderungen zu unterbreiten:

1. Unbedingte Aufrechterhaltung des sachlichen Aufbaues (§ 1).
2. Scharfe Umgrenzung der Zuständigkeit und des Aufgabenspektrums der Arbeitskammern.
3. Befestigung der für die Hausarbeiter gültigen Sonderbestimmungen (§ 3, Abs. 6).
4. Unbedingte Aufrechterhaltung der Vorschriften für das Unterstellen von Eingriffen in die inneren Verhältnisse der einzelnen Betriebe (§ 5).
5. Anerkennung und Zulassung bestehender Arbeiteranschlüsse zu Arbeitskammern auch privater Betriebe, wie sie für die Betriebsanstalten des Reiches und der Bundesstaaten vorgesehen sind (§ 13).
6. Insbesondere Einbeziehung der Betriebe der Binnenwasserfahrt in diese Vorschriften und sinngemäße Ergänzung der Bestimmungen in § 45, Abs. 2.
7. Gehörte Errichtung von Angestelltenkammern.
8. Vertrauliche, nicht öffentliche Sitzungen der Arbeitskammern.
9. Wahlberechtigung und Wählbarkeit einheitlich erst vom vollendeten 25. Lebensjahre.
10. Grundsätzliche Beibehaltung der Verhältniswahl.
11. Tragung der Gesamtkosten durch die Arbeiter (Gewerkschaften), samt aus Reichsmitteln.

Beschleiden können diese Forderungen nicht genannt werden. Auch geht aus ihnen hervor, daß die Regierung in ihrem Entwurf schon nach den Wünschen des Unternehmertums verfahren ist. Die erste Forderung, unbedingte Aufrechterhaltung des sachlichen Aufbaues, zeugt davon; sie ist nun nochmals aufgestellt, weil die Arbeitervertreter auf eine territoriale Zusammensetzung der Arbeitskammern hindrängen. Der Regierung soll also mit der Forderung 1 das Kreuz gestiftet werden.

Aber auch sonst sprechen die Forderungen von echtem Unternehmertum, bis zur niedrigen Knickigkeit in Punkt 11. Das Verlangen, daß die Arbeiter die Gesamtkosten tragen sollen, hätte eher noch Sinn, wenn reine Arbeiterkammern geschaffen würden. Aber für paritätische Arbeitskammern den Arbeitern Kosten aufzuerlegen, bringt eben nur ein Unternehmertum fertig.

Besonders aber muß man sich gegen den Punkt 8 wenden. Welchen Wert hätten wohl die Arbeitskammern für Arbeiter, wenn ihre Sitzungen nicht öffentlich oder gar vertraulich wären, über die hinaus die Arbeiter gar nicht erfahren würden, wie ihre Interessen dort vertreten werden! Oben dadurch läßt sich die kapitalistische Diktatur bedroht, daß ihre Befehlsmacht unter öffentliche Kontrolle angenommen werden soll. Und dabei handelt es sich bei den Beratungen in Arbeitskammern doch nur um allgemeine Stellungnahme zu den ihr zugewiesenen Fragen und Angelegenheiten. Zu Hause, d. h. in den vier Wänden jeder Unternehmung haust und herrscht die Diktatur wie zuvor.

Das Arbeitskammergesetz grenzt, wie gesagt, die Privatwirtschaft nicht ein, es will nur für gesetzgeberische

Zweck eine unverantwortliche Begutachterin in den Arbeitstannern schaffen und außerdem Einigungsämter für ausbrechende Streitigkeiten. Wie der moralische Einfluß der Arbeitstannern auf das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern wirken wird, bleibt abzuwarten, aber das weiß man, leicht läßt sich Kapitalismus hochmut nicht imponieren. Das geht auch aus den 11 Forderungen hervor, die nicht zum wenigsten mit dem Hintergedanken aufgestellt sind, den Entwurf zu Falle zu bringen, denn sie sind meistens unannehmbar für die Arbeiter.

Vielleicht kommt noch schwereres Geschick gegen den Entwurf aus Unternehmerkreisen; das schwerste wird wohl hinter den Kulissen liegen, denn die Verbindung zwischen Regierung und Unternehmertum funktioniert tadellos.

Gewerkschaftszersplitterung.

L

Mehr als fünfzig Jahre der emstigen und mühevollen Arbeit hat es bedurft, die deutsche Gewerkschaftsbewegung auf ihren heutigen Stand zu bringen. In unaußgesiehem ihrem Wirken haben wir unsere Gewerkschaften zu ihrer heutigen Bedeutung gebracht. Welch ungeheure Summe von Kraft und Sorgen von der Arbeiterschaft aufgewendet werden mußte, um ihren wirtschaftlichen Beurenkörpern Achtung und Anerkennung nicht nur bei den staatlichen Organen, sondern auch bei vielen Unternehmern und bei der großen Masse zu verschaffen, kann nur der voll begreifen, der lange Jahre mitgehört hat. Und auch nur der kann begreifen, was es heißt, die Arbeiterschaft gewerkschaftlich zu organisieren, der viele Jahre in allen Situationen der Bewegung gedient hat. Wer praktisch noch nicht mitgearbeitet hat, kann kein vollständiges Zeugnis ablegen über Bau und Leben unserer Gewerkschaftsbewegung, kann nicht mitreden, wenn es gilt, ihre Bedeutung für die Arbeiter bis in alle Einzelheiten abzuschätzen und mag er sonst auch ein noch so weiser Mann sein.

Nun kommt es allerdings vor, daß Leute sich in die Gewerkschaftsbewegung hineinmischen, ohne ihre innere Bedeutung zu erfassen zu haben; sie meinen, wenn irgend-
ein unglücklicher Umstand sie an eine politische ein wenig sichtbare Stelle gestellt hat, hätten sie auch schon ein Recht, mit ihrer Weisheit in das Getriebe der Gewerkschaftsbewegung einzugreifen. So ahnungslos solche Menschen allgemein über den Zusammenhang der Dinge urteilen, so glauben sie, seien sie auch berufen und auswählt für die Gewerkschaftsbewegung mit ihren funktionslosen Theorien, die nicht selten freilich in einem geistigen Dämmerungszustande entstanden sind, beizuspringen und sich als deren Retter zu empfehlen. Unsere deutsche Gewerkschaftsbewegung kann aus ihrer Geschichte mancherlei treffende Beispiele dafür bringen.

Es gibt eine Reihe in der Arbeiterbewegung stehende Leute, die es nicht über's Herz bringen können, die große Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung anzuerkennen. Wir denken dabei nicht an jene, die in der Arbeiterbewegung von der Wile auf gedient haben und nicht gerade faul gewesen sind, aber aus der alten Anschauung, daß unsere Gewerkschaftsbewegung gegenüber der politischen Partei, der sozialdemokratischen, nur eine nebensächliche, untergeordnete Rolle habe, nicht herauszuwachen, sondern an die Apokalypse der Lehre von der Sisyphusarbeit der Gewerkschaften. Es ist begreiflich, daß solche Theoretiker vor dem Herrn von der hohen Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für die gesamte Arbeiterschaft nicht gut reden können. Würden sie es, so müßte ihre „System“ zusammenbrechen, was natürlich nicht geschehen darf, und ginge die ganze Arbeiterbewegung zugrunde. Oben hin und dürfen sie nach ihrer „Theorie“ oder ihrem „System“ die gegenwärtige Form unserer Gewerkschaftsbewegung nicht gutheißen; täten sie es, so müßten sie daraus wieder ihre Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit erkennen. Nach diesen Leuten ist es nichts mit der Gewerkschaftsbewegung in Theorie und Praxis; die fünfzig-jährige Arbeit und Entwicklung sind jetzt für die Nagel! Nur schade, daß die Leute von praktischer Gewerkschaftsarbeit und ihren Erfolgen keine Ahnung haben.

Selbstverständlich findet jede Theorie und jedes System Anhänger. Es braucht nur jemand mit der nötigen Aufmerksamkeit irgendeine Ansicht auszuwerfen, so findet er auch sein Publikum, zumal wenn er es versteht, recht forsch zu rationieren von „Instanzen“ und „Bureaucraten“ und sonstigen Dingen, die nun jede ehrbare Philisterie sich zum Obligator für ihre misshandigten Gefühle von alters her erlernt hat. So ist es auch oft zu erklären, wenn Arbeiter so kurzweilig sich der neuen, Anschauung anschließen, obwohl sie vor nicht langer Zeit von ihrer bisherigen Sache noch felsenfest überzeugt waren und angeblich für sie durchs Feuer gehen wollten. Uebrigens sind bekanntlich die Charaktere und Temperamente verschieden; der eine Mensch will immer noch Gründe hören, während der andere nicht schnell genug umzuwechseln konnte und das, was er gestern für richtig hielt, heute schon bekämpft.

So geht es natürlich auch in der Arbeiterbewegung. In der Sozialdemokratischen Partei haben sich häßliche Erscheinungen bemerkbar gemacht, und es ist sogar zum Klimaxen, zur Spaltung gekommen. Obwohl auch vom Standpunkt der Gewerkschaften diese Spaltung tief bedauerlich ist, haben wir es bisher für zweckmäßig gehalten, mit unserer Kritik zurückzuhaltend und haben jeder Einzelnen in seiner politischen Position selbig werden lassen. So gedulden wir es auch ferner zu halten. Aber wie wir auch schon vor dem Kriege und vor der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei gegen jeden gegen die Gewerkschaften gerichteten Zersplitterungsversuch aufgetreten sind, so

werden wir es jetzt und in aller Zukunft tun. Die Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung ist das Fundament ihrer Erfolge, es bedeutet Sein oder Nichtsein der Arbeiterschaft als Machtfaktor im wirtschaftlichen Betriebe. Wir werden niemals geneigt sein, die Verantwortung für die Schuld zu tragen, der Zersplitterung unserer Gewerkschaft nicht entgegengetreten zu haben.

Seit längerer Zeit wird ja wieder die Gewerkschaftszersplitterung eifrig betrieben, und zwar diesmal nach den Theorien, daß nur die unorganisierte Masse den Sieg der Arbeiterklasse herbeiführen kann, wie denn auch durch die Parteiloyalität viele Tausende Arbeiter der politischen Organisation überhaupt den Rücken gekehrt haben. Vermutlich wird die Wirkung bei den Gewerkschaften ähnlich sein, wenn den Zersplitterern ihr Durs gelingen sollte. In Stuttgart ist die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung bereits ungewöhnlich propagiert worden; neuerdings fordert auch die „Arbeiterpolitik“ ein Blätchen der radikalsten Radikalen, zum Austritt aus den Gewerkschaften auf. Ansehend wünscht man, wie in Stuttgart, auch von dieser Gruppe keine gewerkschaftliche Organisationen, sondern es sollen alle Arbeiterfragen in einer Organisation erledigt werden, wobei man natürlich immer an Massenbewegungen denkt. Andererseits wollen die Berliner Unabhängigen dieses nicht mitmachen; sie sagen in ihrem Blatte, daß die Gewerkschaften und ihre gegenwärtigen Wege zwar zu bekämpfen seien, aber das müsse von innen heraus geschehen, man solle also nicht austreten, sondern bleiben und im unabhängigen Sinne wirken.

Es soll und darf selbstverständlich dem einzelnen Mitgliede nicht verwehrt werden, innerhalb der Organisation seine Ansicht zur Geltung zu bringen und, wenn es glaubt, daß falsche Wege gegangen werden, für seine Meinung zu kämpfen. Mit dem Eintreten für eine christliche Überzeugung ist noch keine Sache verbunden worden, doch möchten wir betonen, daß wir bloße Nörgelerei und Sachmangel nicht für grundsätzliche Überzeugungen halten. Auch in der Arbeiterbewegung muß die Vorkaufungslosigkeit in der Erkenntnis dessen, was dem Zwecke dienlich ist, gelten. Eine Ansicht, die wertvoll genug ist, der Arbeiterbewegung zu nutzen, drängt ohnehin noch praktischer Durchführung, taugt sie aber nichts so wird sie mit und ohne Zersplitterung niemals den Sieg davontragen.

Wie nun, wenn sich ein Teil der Arbeiterschaft außerhalb des gegenwärtigen Rahmens der gewerkschaftlichen Bewegung stellt? Wenn wir auch überzeugt sind, daß eine Spaltung nicht dauernd sein wird, daß die wirtschaftliche Notwendigkeit die feindlichen Brüder bald wieder zusammenführen wird, so liegen doch die Verhältnisse so, daß wir uns jetzt am allerwenigsten den Luxus einer Zersplitterung erlauben können. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung marschiert ohnehin noch in mehreren Gruppen. Wenn auch die Spaltung politischer Parteien, besonders wenn sie der Arbeiterschaft dienen sollen, einen unersehbar Schaden bringen, so bedeutet die Zersplitterung der Geschlossenheit unserer Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiterschaft eine Katastrophe. Wer es verantworten will und kann, durch Spaltungsbestrebungen die Gewerkschaften zu schwächen und damit eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu bewirken, mag seinen Gefühlen keinen Zwang antun, aber daß man ihn als Prophet einer neuen Zeit preist und ihm folgt, wird niemand verlangen können, dem das Wohl der Arbeiter das höchste ist. Wir meinen, daß jetzt mehr als je die Dinge erkennen lassen, daß man von heute auf morgen nicht mit beiden Weinen in die erschlante neue Gesellschaftsform hineinspringen kann, und daß es deshalb noch länger, länger Kämpfe bedarf, so daß in dieser langen Zeit eine Verelendung der Arbeiterschaft eintreten würde, wenn sie nicht auch gegenwärtig durch eine geschlossene Front für die Gestaltung ihrer Lebenslage zu handeln bereit wäre. Wir meinen auch, daß der Krieg mit seiner Entwertung des Geldes, zu dem die Lohnkürzungen in keinem Verhältnis stehen, den Gewerkschaften die ungewohnte Aufgabe zuweist, die sie je zu vollbringen hatten, nämlich, die große Differenz zwischen Lohnwert und Warenpreis zunächst einmal wieder auf das Verhältnis vor dem Kriege zu bringen. Diese Aufgabe ist so groß, daß auch nicht die bescheidenste Kraftzersetzung geschehen darf, soll es überhaupt und soll es möglichst bald gelingen. Wer freilich der Meinung ist, daß das Gedulde des Kapitalismus über Nacht zusammenbrechen kann, wird natürlich solche gewerkschaftliche Sorgen nicht haben, aber wir sind dieser Meinung leider nicht; die Gewerkschaften können sich unter keinen Umständen auf einen solchen Gedanken einstellen, wenn sie sich nicht jetzt schon preisgeben wollen. Kommt es so, wie es sich manche Arbeiter so schön denken, um so besser. Jedenfalls müssen wir uns einrichten als Gewerkschaften nach dem, was ist und was für die nächste Zeit zu erwarten steht. Und da soll erst einer kommen und mit ernstlichen Gründen bestreiten, daß die Gewerkschaftsbewegung überflüssig, daß ihre Grundform falsch ist. Und es soll auch einer kommen, und beweisen, daß es auf die Geschlossenheit der Gewerkschaften nicht ankommt. Wir sind nicht leichtsinnig genug, um einer Spekulation willen den Grund zu erschüttern, auf dem heute die Gewerkschaftsbewegung steht und es zu einer Katastrophe kommen zu lassen, die in ihren Folgen für die Arbeiterschaft unabsehbar ist.

Wir wollen und können hier nicht auf jede Einzelwirkung der Zersplitterung der Gewerkschaften im allgemeinen eingehen und haben uns deshalb mit den vorstehenden Ausführungen begnügt, doch haben wir uns vorgenommen, in einem nächsten Artikel die Bedeutung von Spaltungsbestrebungen in bezug auf unseren Tabakarbeiter-Verband und die Tabakarbeiterfrage darzustellen.

Weiteres zur Unterstützung erwerbsloser Tabakarbeiter.

Wie uns mitgeteilt wird, kommt jetzt auch die Unterstützung erwerbsloser Tabakarbeiter und -arbeiterinnen in Württemberg in Fluss. Das Kriegsamt in Stuttgart hat unseren Kollegen Schwind zu einer Besprechung geladen; er soll zunächst Auskunft über die Lage der württembergischen Tabakindustrie erteilen. Natürlich werden auch dort die amtlichen Stellen von Seiten der Tabakarbeiter und der Gewerkschaften in jeder Weise informiert werden, wie auch Mühe in der Schaffung von Bestimmungen und bei deren Durchführung gern gewährt wird.

Aus Bayern haben wir schon berichtet, daß in einigen Orten der Pfalz Kollegen zur Besprechung durch die Gemeindebehörden herangezogen worden sind. Die bayerische Regierung scheint sich an alle nachgeordneten Behörden wegen der Unterstützung erwerbsloser Tabakarbeiter gewandt zu haben und ist für dies eingetreten. Besondere Richtlinien scheint sie allerdings noch nicht herausgegeben zu haben, wie aus einem Schreiben des Münchener Magistrats hervorgeht.

In dem Schreiben des Münchener Magistrats, das zunächst an den Mannheimer Zigarrenfabrikanten-Verband gerichtet und dann auch unserer Heidelberger Gauleitung zur Kenntnis gebracht wurde mit der Aufforderung, sich gutachtlich zu äußern, heißt es u. a.:

„Die kgl. Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern, hat uns mitgeteilt, daß infolge der weiteren Einschränkung in der Tabakverarbeitung durch die Bundesratsverordnung vom 24. Januar 1918 (R.G.B. S. 57) und infolge der Weisungen der Deutschen Kriegszentrale für Tabakerzeugnisse, Sig. Minden i. W., wonach alle überschüssigen Arbeitskräfte entlassen werden sollen, mit einer größeren Arbeitslosigkeit unter den Tabakarbeitern zu rechnen ist. Sie hat deshalb angeordnet, daß im Benehmen mit Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer durch die Stadtgemeinde mit tunlichster Beschleunigung für eine ausreichende Fürsorge für erwerbslose Tabakarbeiter Sorge zu tragen sei. Zur Führung der nötigen Verhandlungen wurden wir an den dortigen Verband verwiesen.“

In dem Schreiben wird dann weiter mitgeteilt, daß in München bereits eine allgemeine Kriegserwerbslosenfürsorge und für Textil- und Konfektionsarbeiter je eine besondere Erwerbslosenfürsorge besteht; ferner daß sich an der Aufbringung der Mittel dafür die Arbeitgeber mit einem Sechstel der Kosten beteiligen, während München ebenfalls ein Sechstel und Reich und Staat je zwei Sechstel tragen. Dann wird gesagt, daß nach Mitteilung der allgemeinen Kriegserwerbslosenfürsorge ein Zubrang erwerbsloser Tabakarbeiter sich nicht geltend gemacht habe und daß der Magistrat deshalb der Meinung sei, eine Sonderfürsorge für erwerbslose Tabakarbeiter zunächst nicht einzurichten, doch wird der Mannheimer Zigarrenfabrikanten-Verband ersucht, nach Rücksprache mit Münchener Firmen mitzuteilen, 1. ob eine besondere Erwerbslosenfürsorge für Tabakarbeiter für nötig gehalten wird, beziehungsweise zweitens ob auch die Arbeitgeber einen ähnlichen Teil der Kosten wie jene der Textil- und Bekleidungsindustrie zu tragen bereit wären. Ferner wird drittens um Angaben über die bisher entlassenen oder noch zu entlassenden Tabakarbeiter nach der Zahl ersucht. Zwei weitere Wünsche sind im Augenblick von geringerer Bedeutung.

Der Mannheimer Zigarrenfabrikantenverband hat darauf geantwortet, daß er in München keine Mitglieder habe, daß er aber im Hinblick auf die geringe Bedeutung der Münchener Zigarrenfabrikation die Vermutung ausspreche, daß dort eine besondere Erwerbslosenfürsorge für Tabakarbeiter nicht in Betracht käme.

Darauf wandte sich die Stadt, wie sie unsern Gauleiter mitteilt, an die dortigen größeren Zigarren- und Zigarettenfabriken, bis jedoch bis auf eine Zigarettenfabrik eine besondere Fürsorge für Tabakarbeiter nicht für nötig gehalten, da man in der Zigarettenindustrie zunächst noch nicht mit größerem Wohlstandsmangel zu rechnen habe. Entlassene Arbeitskräfte seien bald wieder in andern Berufen untergekommen. Die Zigarettenfabrik beschäftigt zwar das für die Zigarettenindustrie Gesagte, doch nimmt sie an, daß der noch verbliebene Rest Arbeiter der Zigarettenindustrie, da es sich meist um ältere, schwächliche Personen handelt, in andern Betrieben kaum unterkommen werden. Deshalb empfiehlt diese Firma eine besondere Erwerbslosenfürsorge für die Tabakarbeiter und will sie, wenn die übrigen Firmen das gleiche tun, ein Sechstel der Kosten tragen.

Dann ersucht der Magistrat unsere Gauleitung um Beurteilung der Sachlage. Obwohl nun in München die Zigarettenindustrie verhältnismäßig klein ist und in der Zigarettenindustrie nicht mit umfangreichen Entlassungen zu rechnen ist, hat unsere Gauleitung in ihrem Gutachten sich für eine Sondererwerbslosenfürsorge für Tabakarbeiter ausgesprochen. Und das halten wir auch für richtig.

Wir haben diese, ja besonders die Münchener Tabakarbeiter berührende Unterstützungsangelegenheit so ausführlich mitgeteilt, weil sie den bayrischen Tabakarbeitern allgemein von Nutzen sein kann bei ihren Maßnahmen; besonders ist aus dem wörtlich abgedruckten Teile des Schreibens einiges zu erfahren, was die bayrische Regierung als Richtschnur bei der Unterstützung erwerbsloser Tabakarbeiter und -arbeiterinnen ansehen wissen will. Im übrigen können sich Regierungen und Gemeindevertretungen an der Art, wie man in Bayern solche Fragen unter Mitwirkung von Unternehmern und Arbeitern zu regeln sucht, ein Beispiel nehmen.

Zum Schluß möchten wir zum Ausdruck bringen, daß wir von manchen Bundesstaaten über die Unterstützung erwerbsloser Tabakarbeiter rein gar nichts hören. Wie mag es in Preußen, in den thüringischen Staaten usw. stehen?

An die Ortsverwaltungen und Mitglieder des Gaues Heidelberg!

Kollegen und Kolleginnen! Dringend notwendig ist, dem Unterzeichneten sofort Mitteilung zu machen, wenn weitere Entlassungen oder Betriebsstörungen vorgenommen werden. Genau Zahl der Berufsständigen und Namen der Firma angeben!

Diese Angaben sind notwendig wegen evtl. Zwangsmaßnahmen an die Behörden und um die Interessen der Arbeiter zu wahren.

Auch möge gemeldet werden, wann und wo die Bestimmungen der Mindereinstelle nicht eingehalten werden. Falls in Orten die Führung für arbeitslose Tabakarbeiter noch nicht durchgeführt ist, so ist darüber ebenfalls zu berichten.

Alle Angaben sind genau zu prüfen zwecks Verschönerung der Geschäfte. Im übrigen stützt die Organisation durch Gewinnung von Mitgliedern!

Die Gauleitung: E. D. W. Ritz.

Tabakversorgung nach dem Kriege.

Ueber Tabakversorgung nach dem Kriege schreibt der Amsterdamer Berichtersteller der 'Vereinigten Tabak-Zeitungen' u. a. folgendes:

Wenn nach dem Kriege die Offensive um die Rohstoffe beginnt, wird sich das deutsche Zigarrengewerbe in einer strategisch günstigen Lage befinden. Tabak ist eben Qualitätsware in höchstem Maße. Auch bei anderen Waren — bilden wir nur auf Baumwolle oder Rausschul — kommt stark unterschiedliche Beschaffenheit in Betracht, aber nicht in so für die Verarbeitbarkeit ausschlaggebendem Maße wie bei der Tabakpflanze. Niemand wird Brasil-Einlage in die Zigarette hineinklopfen, niemand an Sumatra in der Weise Geschmack finden. Java als Raubarbeit wäre schon der äußerste Notfall. Was für Rausschnitzchen die Herren am grünen Ententisch auch machen, der Tabakbau in den Ländern, welche Zigaretten liefern, steht und fällt mit dem Absatz in den Ländern, welche eine stark entwickelte Zigarettenindustrie besitzen. Es ist nun keinesfalls Zufall, daß die Zigaretten nur in Ländern mit starkem germanischem Bevölkerungserschlag eine große Rolle spielt. Romanen und Slawen bevorzugen die leichtlebige Zigarette, Deutschland, Österreich, Holland, Flämisch-Belgien, die Schweiz und die skandinavischen Staaten sind die Vorräte der Zigarette. Großbritannien mit überwiegend lettischer Blutmischung widerlegt diese Theorie nicht, übrigens ist England auch wirklich für den Zigarettenverbrauch ausgehakt, nachdem die wiederholten Kriegszuschüsse den Zoll auf ungefähr 2 M. das Pfund gehoben haben, d. h. wer nicht zu den obersten Zehntausend zählt, wird sich mit täglich durchfeuchtem Shag zufrieden geben müssen. Auch jenseits des großen Teiches gehört das Nordwest zum Herrschaftsgebiet der Zigarette. Mittel- und Südamerika sind, da lateinisch, ebenfalls der Zigarette anhängig.

Die nordamerikanische Union ist für Tabak selbst Anstaltsland, sie läßt bei hohen Schutzzöllen ausschließlich Sorten wie Sumatra-Deck und Java-Einlagen herein, die unentbehrlich und unerfegbar sind. Außerdem haben sich auch die Vereinigten Staaten nicht auf die von den Bundesbürgern vereinbarten Pariser Wirtschaftsbeschlüsse festgelegt und werden später wieder für ihre stark überschüssige Tabakerzeugung auf Deutschland angewiesen sein. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, hat denn auch die englische Regierung, welche andere Rohstoffe, wie z. B. Metalle, Wolle, namentlich soweit die eigenen Kolonien die Hauptproduzenten sind, aufkauft und einlagert, den Tabak nicht angefaßt. Tabak steht also nicht auf der Aushungerungsliste der Friedenszeit. Mühsam wird nach dem Kriege die gesamte Tabakerzeugung von Niederländisch-Indien und dem Festlande von Mittel- und Südamerika dem deutschen Wettbewerb wieder aufgeschlossen werden. Soweit zu beurteilen, hat der Anbau nicht, oder besser gesagt, noch nicht erheblich gekittet. Brasilien hat munter weiter gepflanzt, in der Erwartung, daß die französische Regie die Bremer und Hamburger Gändler ablösen werde, was sich aber schon wegen des wachsenden Schiffsraumangels nicht vermehrt hat. Argentinien und Paraguay haben die Pflanzungsgebiete selbst erweitert, weil aus gleichem Grunde die Bewässerung aus den Vereinigten Staaten erschwert sind. Ähnlich wird es auch in Venezuela, Kolumbien und Mexiko liegen. Zweifelhaft sind allerdings die Aussichten für Westindien, d. h. Kuba, Havanna und Domingo. Beide kommen wirtschaftlich immer mehr unter die Fuchtel von Bruder Jonathan, politisch sind es ja überhaupt nur Schattenbilder. Dies bedenkliche Wohlbefinden erhält auch aus dem überraschenden Reutersbericht — überraschend kommt heutzutage alles —, wonach die Einfuhr von Roh-tabak nach den Vereinigten Staaten, mit Ausnahme der westindischen Inseln verboten ist.

Welche Beweggründe für diesen Beschluß den Ausschlag gegeben haben, ist einwillen Vermutungssache. Der eine meint, daß es sich um einen Gegenzug gegen Holland handelt, nachdem der Generalgouverneur von Niederländisch-Indien die Ausfuhr von Ginn als Artikel der Kriegsindustrie unter Aufsicht gestellt hat, das Verbot sich also in fadensteiniger Umkleidung unmittelbar gegen Sumatrabak richtet, dem so die letzte noch lauffähige Rundschut von Abgabebrief zufließt. Andere suchen das Motiv in der Beschränkung der Einfuhr, um den nun ebenfalls auf der abschüssigen Bahn befindlichen Dollartkurs zu halten. Und noch profaischer angelegte Gemüter wollen in der Maßregel nur einen kalten Wasserstrahl auf die Sumatra-Tabakbaugewerkschaften erblicken, welche sich hartnäckig der Preissturzerei des amerikanischen Einkaufskurses widersetzen haben. Wie dem auch sei, Herr Wilson hat das amerikanische Einfuhrverbot über Nacht ins Schloß ge-

worfen. Und kaum war dies geschehen, so trat auch der Generalgouverneur von Nieder-Indien auch vor das Anführer einen Sperriegel. Ähnlich wurde bedenklich das System des Güterauswechslens von Regierung zu Regierung auch für Niederländisch-Indien ergriffen werden müsse, und daß fortan für eine Reihe der Hauptprodukte der Export von Javien abhängig sei. Zu den Hauptprodukten zählt selbstredend auch Tabak, produzierten doch Java und Sumatra vor dem Kriege mehrfach jährlich bis eine Million Ballen, wovon, Abgesehen hochwertige Sachen, im Quantum nicht mehr wie etwa 85 000 Ballen nach den Vereinigten Staaten gingen.

Rautabak aus Papier!

Es ist schon unglaublich weit mit dem Ersatz für Tabak gekommen, daß aber auch schon Papier als Ersatz verwendet wird, ist doch wohl mehr als polizeiwidrig. Nächstens wird man wohl noch den Straßenmist als Tabakerzeug verwenden. Die 'Dortmunder Zeitung' berichtet nämlich folgendes, von dem wir hoffen, daß es eine Ente sein möchte:

Daß auch in der jetzigen Kriegszeit versucht wird, als Ersatzmittel für Rautabak eine aus Papier hergestellte Masse, die nur mit einer Lösung geschwärzt ist, und hierdurch dem natürlichen Rautabak sehr ähnlich, in den Handel zu bringen, erscheint kaum glaubwürdig. Die Polizei in Dartmouth kam einem Mann auf die Spur, der solchen Rautabak bei sich führte und versuchte, denselben abzuliegen. Die Kaufherrin merkte aber zu ihrem Glück noch rechtzeitig den Schwindel und ehe der Verkäufer, ein angeblicher Reisender aus Dortmund, das Weite suchen konnte, wurde er von einem Gendarmereiwachtmeister festgenommen und dem Gericht zugeführt. Den Rautabak will der Reisende von einem Mann, den er nicht kennen will, künstlich erworben haben. Nach den eingezogenen Erkundigungen ist in der letzten Zeit in der hiesigen Gegend, namentlich in Dortmund, viel von diesem aus Papier hergestellten Rautabak abgesetzt worden und es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, bei dem Ankauf von Rautabak äußerst vorsichtig zu sein, denn für den aus Papier hergestellten wird ein Kaufmann wohl kaum Abnehmer finden.

Jahresbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Der von dem Verbandspräsidenten unterbreitete Bericht der Generalkommission für das Jahr 1917 hat einen Umfang von 48 Druckseiten, so daß wir nur einen kurzen Auszug geben können, wobei wir uns auf die Angaben des 'Correspondenzblattes' beziehen.

Der Bericht kam die Gewerkschaften bestätigen, daß die Lage für den Bestand der Gewerkschaften, die in den letzten Jahren vorhanden war, heutzutage ist. Der Zeitpunkt der gewerkschaftlichen Unterwürfung im Jahre 1918 war nicht gering, als die Wirtschaftskrisis auf 200 000 gesunken war. Die Gewerkschaften sind in den letzten Jahren in einem Zustand 1917 war die Zahl auf 1 000 285 gesunken, am 30. September 1917 waren schon 1 201 770 Mitglieder gezählt und noch im letzten Quartal hat diese Bewegung angehalten, so daß die Zahl der Gewerkschaften von 14 Millionen Mitglieder am Jahresbeginn 1917 bestimmt gerechnet werden kann. Diese jährliche Entwertung hat jedoch nicht in allen Ländern den gleichen Ausmaß erreicht in Finnland und Aserbaidschan, wobei eine betragsmäßige Zunahme in vielen Ländern nötig wurde, um gleichzeitig eine der geringeren Kaufkraft des Geldes entsprechende Preissteigerung der Unterhaltungsausgaben durchzuführen zu können. Die Generalkommission und die Gewerkschaftsmittler sind durch die wichtige Tätigkeit in einer ungehörigen Lage gekommen. Der Erhaltung der sozialen Gleichgewichte, insbesondere der Arbeiterverhältnisse, mußte die Generalkommission die Aufgabe stellen, die aus den letzten Berichten nicht deutlich werden konnten. Die Verbände haben aber dem Ertrinken der Generalkommission, ihr einzig Vorkommnis zu sein, unvermeidlich aufgetreten, so daß alle Einrichtungen wie bisher aufrechterhalten werden können.

Der Haltung der Kommission in politischen Fragen, mit denen sie sich infolge des Krieges beschäftigen mußte, haben nur wenige Verbände ihre Zustimmung bezeugt. Jedoch wurden auch hier keine Meinungsverschiedenheiten bestehen, wenn sie nicht durch den Streit in den Sozialdemokratischen Partei hervorgerufen waren. Die Vorteile gegen die Generalkommission sind die Mehrheit der Verbände vorhanden, wobei nicht ersehen werden kann, ob es sich um eine politische während des Krieges, sondern um die sich nicht der Zeit Jahren von einer Minderheit in der Partei vertratene Partei anpaßten wollen. Die Gewerkschaften hätten ihre eigenen Mittelverhältnisse vertreten und durch einen Mittelverhältnis vertretenen Klassen geäußert werden müssen. Die Notlage der Arbeiter während des Krieges wurde von der Minderheit angesehen, die sich durch die Zustimmung in den Verhandlungen zwischen sich, die Trennung von der Partei, der Parteimitgliedschaft zu vollziehen. Diese Trennung auch in den Gewerkschaften herbeiführen, was die Absicht der meisten der Verbände von dem Zeitpunkt an, als sie eintraten, war, daß die gewerkschaftlichen Organisationen für ihre Interessen nicht zu gemindert seien. Diese Erkenntnis hätten die Herren, die auf eine Spaltung der Gewerkschaften rechnen, schon vor dem Kriege gewinnen können. Was sie von den Gewerkschaften fordern, ist ja nicht neu. Es ist die anarchistisch-sindikalistische Tendenz, die aus den Gewerkschaften einen politischen Machtfaktor auf einem Gebiet machen will, das ihrem Wesen fernliegt.

Zum Beweise wird die bekannte Resolution des Verhandlungsabstimmers im Vorstand abgedruckt, ebenso ein Antrag des Vorstandes des Handlungsgehilfenverbandes an die Vorstandskonferenz vom 1. Februar 1918, die sich gegen die Haltung der Generalkommission an den politischen Kampfbereich wendet. Die Generalkommission erklärt in diesen beiden Dokumenten den Ausbruch der Verwirrung der Kräfte, die der Krieg angeht, und bemerkt in ihrem Bericht dazu:

Die Declasse, die Gewerkschaften auf die Bahn zu drängen, die in diesen Anfängen gesehen ist, sind nicht neu. So lange die Gewerkschaften schwach waren, fanden sie in den Kreisen, die wider solche Anforderungen stellten, weniger Beachtung. Jedemfalls haben diese Kräfte für den Aufbau der Organisationen nicht getan. Nachdem die Gewerkschaften in ungehöriger Weise sich entwickelt hatten, glaubte man, sie als Machtmittel unter Ausschaltung der Sozialdemokratischen Partei zur Vertretung politischer und wirtschaftlicher Theorien verwenden zu können. Doch sie sind dagegen sträubend, und ihnen den heiligen Horn dieser Theorien ein und alles, was wie keine an Kraftvolligkeiten über die Gewerkschaftsführer hören, ist vor länger als einem Jahrzehnt bereits angewandt und so ist wiederholt, daß es den Weg der Gewalt verloren hat. Es sind ja auch zum Teil dieselben Personenkreise, die damals wie

heute dieses Manifestationsmaterial anwenden. Die Theorie von dem Generalstreik, durch den die sozialpolitische Gesellschaft gefördert und der sozialistische Staat unmittelbar herbeiführt werden kann, unterwirft sich von dem, was die unabhängige Sozialdemokratie von den Gewerkschaften fordert, weniger dem Inhalt als der Form und Ausdrucksweise nach. Da die Gewerkschaften und ihre Tatkraft aber abhängig sind von den sozialen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen, so können sie keine unabhängige Politik treiben. Der Versuch, sie zu freieren, fürchte infolge des Kriegszustandes mit seinen die Arbeiterschaft schwer befallenden Folgen Erfolg haben, wenn nicht die Masse der Arbeiter infolge ihrer Erfahrungen oder aus instinktivem Empfinden heraus die Gefahr erkennen würde, die ihr droht, wenn ihre wirtschaftliche Organisation zertrümmert würde. Freilich ist es in den schweren Zeiten des Krieges, trotz aller überhöhten Behauptung, der Verhandlungen und Vorlesungen der leitenden Kräfte der Gewerkschaftsbewegung nicht an einer Sprengung der Gewerkschaften gekommen und wird es auch in der letzten Periode des Weltkrieges nicht kommen. Am wenigsten nach Kriegsende, wenn die Nothwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenhanges den Arbeitern und Arbeitstendenzen von dem während des Krieges zu gewaltiger Wichtigkeit gelangten Unternehmerrationalitäten eingehaut werden wird. Zu einer Abspaltung nur könnte es in den Gewerkschaften kommen, wenn die neuerdings mit großer Ehrfurcht eingehenden Behauptungen der Unabhängigkeit von aller Überlegenheit und Politik betretenden Leitenden dieser Welt haben sollten. Abspaltungen, die nicht im entferntesten den Bestand der Gewerkschaften erschütterten könnten, jedoch die gleiche Wirkung an dem Folgen, wo sie erfolgen, ergäben würden, wie die Sprengung der Sozialdemokratischen Partei. Wie viele der politischen Einflüsse der Arbeiterschaft herabgemindert hat, so würde die wirtschaftliche Widerstandskraft bei den abgeklärten Kreisen gewerkschaftlicher Vereinigungen völlig erschaffen. Nach hartem, aber langer Behauptung würden sie zur Gewerkschaftorganisation zurückkehren, nachdem sie sich und ihren Arbeitsgenossen den tödlichen Schaden angelassen hätten.

Das Zusammenwirken mit den Zentralstellen der anderen Gewerkschaftsgruppen ist im Berichtsjahre fortgesetzt worden. Bei diesem Zusammenwirken handelt es sich keineswegs um etwas Neues, das erst infolge des Krieges wäre. Dasselbe gilt von dem Zusammenarbeiten mit den Reichsämtern und sonstigen amtlichen Stellen. Wenn sich seit Kriegbeginn höhere Gewaltigkeit bei den anderen Gewerkschaftsrichtungen und bei den amtlichen Stellen zeigt, mit was zusammenzugehen, so ist das gut, aber eine Neueinrichtung ist es nicht. Auch lasse sich nicht leugnen, daß bei den Vertretern der anderen Gewerkschaftsgruppen und bei den Angestelltenverbänden mehr Solidaritätsgefühl und Klassenbewußtheit festzustellen werden kann als bei den Repräsentanten der Arbeiterschaft, die sich auf den Klassenkampf besetzen.

Die Vermittlungen der Generalkommission in Gemeinschaft mit den anderen Zentralstellen der Arbeiterschaft die Aufhebung der Beschränkungen der Stellvertretenden Generalkommissionen zu erlangen, die unentgeltlich beratend auf die Arbeiterschaft und ihre Organisationen wirken, bleibt der Erfolg verfehlt. Das gilt auch von den gleichen Bemühungen der beiden Vorsitzenden der Generalkommission im Großen Hauptquartier. Die Wirkung dieser abnehmenden Haltung der Behörden habe sich schließlich in den Arbeitsverhältnissen im Januar 1918 gezeigt.

Die Handhabung des Militärstrafgesetzes bei mehrfach Verhandlungen amtlicher Gewerkschaftsgruppen mit dem Kriegsamt notwendig gemacht. Das Kriegsamt hat bei allgemeinen den berechtigten Anforderungen der Gewerkschaften und Angehörigenverbände Rechnung getragen. Von Unternehmern ist wiederum der Versuch gemacht worden, eine größere Wirkung der Arbeiter an die Arbeitsstätte herbeizuführen, als es nach den geltenden Bestimmungen des Militärstrafgesetzes möglich ist. Die Arbeitervertreter fordern bei der Beratung dieser Frage im Kriegsamt, daß keine Entlassung eines Reichsaemters durch den Unternehmer vor Ablauf der Reklamationsfrist stattfinden darf, und daß Meldungen vom Beschäftigten der Arbeitsstelle eines Reichsaemters nicht an das Bezirkskommando gehen dürfen. Die Befreiung dieser Forderungen wurde von dem Kriegsamtvertreter anerkannt, von ihrer Durchführung ist aber bis jetzt nichts zu hören gewesen. Der die damaligen Verhandlungen leitende General habe anscheinend das Schicksal des ersten Reichsaemters und die Mittelmänner des Reichsaemters im Auge unzulässig machen, wolle er die Gleichberechtigung der Arbeitnehmers zur Geltung bringen wollen.

Es wäre aber anzuerkennen, dem neuen Chef des Kriegsamt den guten Willen abzuproben, dem gleichen Recht Geltung zu verschaffen. Die mit ihm geführten Verhandlungen haben bewiesen, daß dieser Wille vorhanden ist. Als Beweis führt der Bericht das Ergebnis der Verhandlungen über die Entschädigungen der infolge Kriegsmangels fehlenden Arbeiterkriegsweiliger Betriebe an.

Der Beweis behandelt dann eingehend die politischen Verhandlungen, die mit der Regierung, dem Kriegsamt oder in der Reichstagskommission hinsichtlich der Durchführung des Militärstrafgesetzes geführt wurden und bei denen die Vertreter der Generalkommission die Interessen der Arbeiterklasse vertreten haben.

Zu mehreren andern Fragen hat die Generalkommission die anderen Gewerkschaftsrichtungen zum gemeinsamen Vorgehen nicht aufgefordert. So bei den Eingaben über 'Sozialpolitische Arbeiterforderungen der deutschen Gewerkschaften', den 'Gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensverträge', der 'Aushebung des Reichsaemters' durch die Bestimmungen der Stellvertretenden Generalkommissionen. Ueber das Schicksal der Gewerkschaftsorganisation zum Friedensverträge ist die Generalkommission nicht unterrichtet worden, der Reichsaemter hat lediglich den Empfang und die Weitergabe an die zuständigen Staatssekretäre bestätigt. Der Frieden mit der Ukraine und mit Rußland ist inzwischen geschlossen, ohne daß die Wünsche der Arbeiter nach einer Versöhnung auf sozialpolitischem Gebiete erfüllt wurden. Der Bericht bemerkt dazu:

Diese Art der Behandlung der für die Arbeiterschaft wichtigen Fragen kann leicht manche Hoffnung zerstören. Die auf die Zulagen im Entstand, daß ein anderer Geist in die preußische Verwaltung eingeleitet würde. Es ist an der Zeit, den Nachweis zu führen, daß diese Zulagen ernst gemeint waren, wenn nicht Folgen gestellt werden sollen, wie sie eintraten, weil alle Wahnungen, der Arbeiterschaft die nötige Bewegungsfreiheit zur Wahrnehmung ihrer Interessen zu belassen, von den Stellen, die die Verantwortung tragen, nicht genügend beachtet wurden.

Die Stellung der Gewerkschaftsvorstände zu den Januar-Kreislagen 1918 wird im Bericht durch Wiedergabe der auf der Vorstandskonferenz am 1. Februar beschlossenen Erklärungen mitgeteilt.

Die bedeutungsvollen Arbeiten der von der Gewerkschaft für Soziale Reform berufenen Kommission für die Vorarbeit zur Ausgestaltung des Arbeiterrechts, an der die Gewerkschaften beteiligt sind, veranlaßt die Generalkommission, der Gesellschaft für Soziale Reform beizutreten. Die Durchführung der erstrebt sozialen Reformen ist abhängig von dem Einflusse, den die fortschrittlichen Kräfte auf die maßgebenden Stellen ausüben können. Es machen sich aber Strömungen geltend, die jeden Fortschritt zu verhindern suchen und die in der sogenannten Vaterlandspartei ihren Mittelpunkt finden. Diese Partei will durch ihre anexionistische Propaganda Kriegsverlängerungen. Der Gewalt nach außen soll die Gewaltentwärtung im Innern folgen. Demgegenüber war die Vereinigung aller Kräfte, die eine Verständigung mit den andern Mächten und den Ausbau des Staats auf der Grundlage des Rechtes wollen, notwendig. Diese Vereinigung ist durch die Gründung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland gelöst, dem die Organisationen der Arbeitnehmer und der wirtschaftlichen Kreise Deutschlands angeschlossen sind. Die Generalkommission ist nach Beschluß der Vorstandskonferenz vom 22. November 1917 dem Volksbunde beizutreten.

Weiter arbeitet die Generalkommission im Zentralamt der Vereine vom Roten Kreuz mit, das Verträge für die Errichtung von Werkstätten für Arbeitslose über die Übernahme der von der Kriegsbeschädigtenfürsorge geschaffenen Einrichtungen ausgearbeitet hat, um die mit der Arbeitslosigkeit während des Krieges gemachten günstigen Erfahrungen in die Friedenszeit zu überführen.

Durch Beitritt zum Verbands zur Förderung der deutschen Theaterkultur will die Generalkommission die Bestrebungen unterstützen, die den minderbemittelten Volkstheater künstlerische Darbietungen, insbesondere die besten Theater Anstalten zugänglich machen wollen. Die Generalkommission wirkt außerdem an einer Reihe von Einleitungen mit, wo wichtige Arbeiterinteressen gefördert werden können.

Die Verhandlungen der Generalkommission, die in der Kriegszeit außerhalb ihres Wohnortes beschäftigten Arbeiter, ebenso die Weigerer der Schlichtungsausschüsse des vaterländischen Hilfsdienstes und schließlich die Gewerkschaftsfunktionäre bei Dienststellen für ihre Organisation von den besonderen Schwierigkeiten zu befreien, haben keinen Erfolg gehabt. Der preussische Reichsbahnminister hat diesbezüglichen Eingaben wohl seine Sympathie ausgesprochen, sich aber auferhebend erklärt, ihnen Folge zu geben.

Die Generalkommission hat nach besten Kräften die Verträge unterstellt, eine Verständigung unter den Gewerkschaften aller Länder über die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrage herbeizuführen. Sie war auf den internationalen Gewerkschaftskongressen in Stockholm am 8. Juni 1917 und in Bern am 1. Oktober 1917 vertreten. Ebenso sandte sie Vertreter zu Kongressen der gewerkschaftlichen Landesorganisationen in Ungarn, Schweden und Norwegen.

Die Finanzgebarung der Generalkommission ergibt der Kassenbericht. Die Gesamteinnahmen betragen demnach 118.048,81 M., die Gesamtausgaben dagegen 527.074,00 M. Infolge des 114.069,27 M. ausmachenden Fehlbetrages ging das Vermögen der Generalkommission von 338.217,28 M. auf 224.148 M. zurück. Die Abrechnung ist von den beiden Revisoren der Generalkommission und von drei Vertretern der Verbandsvorstände revidiert und für richtig befunden worden.

Das „Correspondenzblatt“ mußte infolge des Papiermangels weiter eingeschränkt werden. Die Auflage des „Correspondenzblattes“ hielt sich auf 27.000 Exemplare.

Das polnische Gewerkschaftsblatt „Oswiata“ erschien zweimonatlich monatlich einm. Die Auflage betrug durchschnittlich 5000 Exemplare, was gegen das Vorjahr eine Zunahme um 2000 Exemplare bedeutet. Seit 1. Januar 1918 erscheint das Blatt wöchentlich.

Die Unterbrechungen an das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission waren auch im Berichtsjahre nicht gering. Neben Ansuchen um Unterstützung auf den verschiedenen Gebieten der Frauenarbeit beteiligte sich die Sekretärin im Auftrag der Generalkommission an zahlreichen Verhandlungen über die Frauenarbeit und die Fürsorge für die arbeitenden Frauen. Sie ist mit der ständigen Vertretung in Nationalen Frauenräten, in dem als Beirat für das Kriegsjahr bestehenden Nationalen Ausschuss für Frauenarbeit im Kriegsjahre, im Arbeitsausschuss für Kriegswitwen- und -waisenfürsorge, im Ausschuss für Familienfürsorge des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge, im Reichsverband für Kriegspensionswesen, in der Kriegspensende Deutscher Frauenbund und im Ausschuss für Frauenarbeit der Kriegswirtschaftlichen Vereinigung betraut.

Einen erheblichen Teil ihrer Tätigkeit erfordert die Redaktion der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“, die eine Auflage von 157.000 Exemplaren erreicht hat.

Der Bericht über die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission gibt eine inhaltreiche Übersicht über den Arbeiterschutz und verwandte Gebiete im Jahre 1917.

Die Bemühungen der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Lebensmittelfürsorge werden im Bericht der sozialpolitischen Abteilung geschildert. Durch Eingaben an die zuständigen Behörden und durch Verhandlungen wurde versucht, eine gerechte Lebensmittelverteilung und eine Linderung in der Preissteigerung herbeizuführen.

Das Zentralarbeitersekretariat hatte infolge der Bekämpfungsmaßnahmen und des Krieges eine Abnahme der ihm zur Fortsetzung übermachten Sachen zu verzeichnen. Deren Zahl betrug 587 gegen 825 im Vorjahre und 1397 im Jahre 1914. Fast ausschließlich betrafen diese Sachen die reichsgerichtliche Arbeiter- und Knappschaftsversicherung.

daß sie von 100.000 M. Umsatz an mehr als 7 1/2 Prozent übertragen wird, steigend bis zu einem vollen Prozent bei Umsätzen über 8 Millionen Mark. Würde der Antrag Gesetz, so wäre eine Ausnahmeksteuer für alle Verbraucher geschaffen, die ihre Waren aus den Konsumvereinen beziehen, die meistens Umsätze über 100.000 M. jährlich, in vielen Fällen über 8 Millionen Mark jährlich erzielen. Die Mitglieder eines großen Konsumvereins würden, da die Steuer ohne weiteres zum Warenpreise aufgeschlagen werden muß, unter Umständen doppelt so viel Steuern zu tragen haben wie die, die ihren Bedarf in Geschäften decken, die unter 100.000 M. Umsatz erzielen. Die Steuer würde von der Einkaufssteuer, die sie durch rationelle Verbrauchsdeckung im eigenen Geschäft erzielen, abgehen. Ein Konsumvereinsmitglied, das zum Beispiel in der Konsumgenossenschaft Berlin 1000 M. Umsatz macht und dafür 4 Prozent als Einkaufssteuer rückerhält, bekommt, würde von den 40 M. auf Grund des Antrags 10 M. einbüßen, während der Käufer in einem Zwerggeschäft nur 5 M. Steuer zu tragen hätte. Die gestaffelte Steuer bedeutet für ihn also die Konstatation von 12 1/2 Prozent seiner Ersparnis. Die organisierten Verbraucher sollen also doppelt bestraft werden, daß sie sich eine rationelle Warenvermittlung geschaffen haben. Viele Gehntausende der Mitglieder gerade der von der geplanten Sondersteuer am härtesten betroffenen Großkonsumvereine sind Kriegswitwen und Kriegserntner, die jeden Pfennig Ersparnis bitter nötig gebrauchen, Hunderttausende sind Arbeiter, die nach der Heimkehr vom Schlachtfeld das Vergnügen haben werden, zur Deckung der Kriegskosten mittels Umlagesteuer doppelt so viel beizutragen wie der kriegsgewinnfreie Heimkehrer, der des Konsumvereins nicht bedarf, sondern sich der Vorteile des Groß- und Einzelkaufs selbst zu sichern vermag. Es ist geradezu unglücklich, daß den Antragstellern diese ungeheuerliche Kontraktion ihres Verlangens nicht zum Bewußtsein gekommen ist. Um so nötiger ist es, mit allergrößtem Nachdruck gegen den Antrag Protest zu erheben und ihn unter allen Umständen zu Fall zu bringen, um der deutschen Erziehung die Schwach zu ersparen, daß sie zu den unvermeidlichen Opfern, die der Krieg in Gestalt von Steuern fordert, durch Ausnahmesteuern die Armen und Kerntzen in höherem Maße belasten zu lassen möchte als Reiche und Reichste. Der Antrag Gothein und Genossen ist ein Dolch auf alle soziale Gerechtigkeit und muß schleunigst endgültig abgelehnt werden.

Literarisches.

Zum 100. Geburtstag Karl Marx. Am 5. Mai feiert sich der Geburtstag des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus zum hundertsten Male. Dabei sind zwei Veröffentlichungen von besonderem Interesse, welche der Verlag für Soziale Wissenschaft zu diesem Tage vorbereitet. W. Beer, der langjährige Londoner Vertreter des „Vorwärts“, hat ein Buch, „Karl Marx, sein Leben und seine Lehre“, beigelegt, das zweifellos eine Lücke ausfüllen wird. In knapper und dabei leicht verständlicher Form werden Marx' Vorkämpfer gewürdigt, seine Lehrgänge und das Werden des Marxismus geschildert. Zeit und ortsrichtige, im Tiefdruckverfahren hergestellte Abbildungen bringen dem Leser auch das private Leben von Marx, seiner Familie, Freunde und näherer Umgebung näher. Die Erläuterungen der Marx'schen Lehren werden besonders willkommen sein. Preis des Buches broschiert 4 M., gebunden 5 M.

„Karl Marx und die Gewerkschaften“ heißt ein weiteres Buch, das der Zentral-Arbeitersekretär Hermann Müller, der bekannte Verfasser der Geschichte der Lithographenbewegung, geschrieben hat. Müller gilt ebenfalls als ausgezeichneter Marxkennner. Seine Schrift ist gerade jetzt von größter Bedeutung, da die Gewerkschaften eine selbst von Marx nicht vorausgesehene Entwicklung genommen haben, obwohl seine Lehren nach wie vor den allergrößten Einfluß auf die gewerkschaftliche Bewegung Deutschlands haben. Das Buch kostet broschiert 2 M., gebunden 3 M. Beide vorzüglich ausgestattete Bücher zusammen werden, wenn vor dem 5. Mai bestellt, zum Vorzugspreise von 5,50 M. broschiert oder 7 M. gebunden von jeder Buchhandlung oder direkt vom Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68, geliefert.

Rein Tabakarbeiter darf mehr unorganisiert sein!

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
 Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Fohlenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telephonamt Roland 6046. Voreinzahlung von 8 bis 4 Uhr nachmittags.
 Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Fohlenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
 Geld-, Einzahlung- und Wertsendungen nur an H. Niederwiesend, Bremen, Fohlenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. H. in Hamburg, Postfach Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg.
 Für die Expedition bestimmte Aufschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Fohlenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
 Für die Redaktion bestimmte Aufschriften sind an: Gustav Niebner, Bremen, Fohlenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.
 Für den Ausschuss bestimmte Aufschriften sind an: E. Schöner, Hamburg, Seidenbinderhof 57 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

Adressen der Gauleiter:

- Gau Hamburg: Rudolf Hadelberg, Altona, Holländische Reihe 18, I.
- Gau Nordhagen: Herm. Schmidt, Nordhagen, Volkstr. 16 I.
- Gau Herford: Wilhelm Schlichter, Herford, Volkstr. 49.
- Gau Frankfurt a. M.: Franz Schnell, Frankfurt a. M., West 13, Steinmetzstr. 6a.
- Gau Heilbronn: Ludwig Klein, Heilbronn, Bergheimer Straße 82, II.

Der Schrift: Dom. Wiefen, Schwet. Wittenb. 5 II.
 Gau Dresden: Oswald Franz, Dresden-N. Schützenplatz 20 III.
 Gau Breslau: Bertr. Gust. Lige, Margaretenstr. 17, Stm. 59.
 Gau Berlin: Georg Fischer, Berlin SO 36, Wilmers Str. 57 b.
 Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (R. = Verbandsbeiträge, K. = Annahmen):
 Am 7. April: Mainz R. 150,—; Frankfurt a. M. R. 400,—.
 7. Mai: Jülich R. 7,89, 25. Lützenau R. 150,—, 28. Freiberg R. 8, 250,—, Döhlenheim R. 500,—, Jaström R. 200,—, Wustschhausen R. 20,—, 27. Blotho R. 200,—, Sainstadt R. 207,00, 28. Voch R. 100,—, R. 70 4, 31. Berlin R. 200,—.
 Die Bevollmächtigten werden ersucht, alle überschüssigen Gelder einzulösen.
 Bremen, den 2. Juni 1918. H. Niederwiesend.

Abreisen - Änderungen.

November (2): Aufschriften an 2. Des. 6. Kappe.
 November (3): 1. Des. Gustav Walter, Schützenstr. (Volksgarten Rolingarten).
 Schützenstr. a. h. (3): Aufschriften an den 1. Des. Gustav Wiefen, Schützenstr. 27.
 November (1): 2. Des. Heinz Koop, An der Mauer 106.
 November (2): 1. Des. Adam Weisbrod, Untere Hauptstr. 50B.

Abwe. Unterstützung wird ausgegibt bei Heinz Koop, An der Mauer 106, mittags von 1 bis 3 Uhr. Sonntags finden keine Besprechungen statt.
 Gager (Breslau). Der Bevollmächtigte S. Rehmeyer, Wustschhausen 54, hat am Sonnabend nachmittags von 1 bis 4 Uhr Besprechungen.

Arbeitsmarkt.

Offene Stellen:
 4 Hingewerksarbeiter finden sofort gute Arbeit. Wustschhausen vorhanden. Nachfragen: Gau-Arbeitsnachweisamt, Schlichter, Herford, Volkstr. 49.

Mitgliederversammlungen.

Leipzig: Sonnabend, den 2. Juni, abends 8 Uhr im Hotel „deutsches Hof“, Leipzig-Neustadt, Ludwigstraße. Es ist Pflicht der Tabakarbeiter, sich über ihre Zukunft zu orientieren! Deshalb erscheint alle!

Gestorben:

- Gestorben am 14. April der Tagelöhner Heinrich Müller, Bahnhofs Klein-Steinheim.
 - Gestorben am 16. Mai der Arbeiter Oswald Neuberger aus Bremen, 24 Jahre alt (Bahnhofs Bremen).
 - Am 25. Mai starb in Berlin die Hingewerksarbeiterin Frau Maria Wittkowski, geb. Kasper, 84 Jahre alt.
 - Am 26. Mai starb Frau Katharina Reher aus Rixdorf, 44 Jahre alt (Bahnhofs Heidelberg).
 - Am 26. Mai starb in Dresden die Tabakarbeiterin Alice Salomo, 56 Jahre alt.
 - Am 28. Mai starb in Wismar der Hingewerksarbeiter Wilhelm Zimmermann aus Bremen, 82 Jahre alt.
- Ehre ihrem Andenken!

Drohende Sonderbelastung der organisierten Verbraucher!

Zu § 6 der Vorlage betreffend Erhöhung der Umsatzsteuer haben die Abgeordneten Gothein und Genossen einen Antrag gestellt, wonach die Steuer für Umsätze im Kleinhandel gestaffelt werden soll, so



Ca. 17 000 gebrauchte Wickelformen,
 alle erdenklichen Fassons, teils wie neu,
 zu sehr billigen Preisen am Lager.
 Fordern Sie Zusendung der Musterbogen.
Heinrich Franck, Berlin N 54.
 Rohtabakhandlung. Brunnenstrasse 12. Wesselen für Zigarrenfabriken.

Zigarren Drucksachen
 lose, kleine und große Posten, samt gegen Kasse.
 L. Bahr, Bremen, Abenstr. 28.
 liefert
J. H. Schmalfeldt & Co.

L. Cohn & Co., Berlin N. Brunnenstrasse 24
Zigarillo-Formen
 sowie die kleinsten bis größten Façons finden Sie in unserem
Modellbogen 214
 Zusendung auf Verlangen ungeschieden kostenlos.
 Wieder vorrätig:
Zeigant-Original-Zigarrenband